

Vorlage Nr. 101.16.1791

Schuldenbremse in Kassel einführen

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Haushalt der Stadt Kassel zukünftig eine Begrenzung der Schulden vorzunehmen mit dem Ziel, mittelfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltes 2011 sollen

- nicht notwendige Investitionen gestrichen
- Kosteneinsparungen durch Synergien in der Verwaltung beziffert und schnellstmöglich realisiert sowie
- Stellenausweitungen ausgeschlossen werden.

Der Magistrat wird zudem aufgefordert, zusammen mit dem Haushalt 2011 einen Entschuldungsplan für eine langfristige Rückführung der Schulden vorzulegen bzw. zu erstellen.

Begründung:

Angesichts der aktuellen Situation des städtischen Haushalts ist es dringend erforderlich, dass es nicht zu einer Ausweitung städtischer Ausgaben, sondern zu einer deutlich Rückführung kommt, die schrittweise den Haushalt der Stadt entlasten soll. Als Instrument der Ausgabenbegrenzung soll, unabhängig von den Vorgaben in der HGO, eine restriktivere Höchstgrenze für neue Schulden eingeführt werden.

Auch und gerade in der Kommunalpolitik fehlt heute ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel. Denn jede politische Entscheidung sollte auch unter Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Lebenschancen zukünftiger Generationen getroffen werden. Insbesondere Entscheidungen, die die zukünftige Abgabenbelastung des einzelnen Bürgers und die langfristige Handlungsfähigkeit des Staates betreffen sollten einen Nachhaltigkeitstest bestehen. Das Motto muss immer lauten: Im Zweifel für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit!

Bis heute beziehen die Kommunen die langfristigen finanziellen Auswirkungen ihrer Entscheidungen nur ungenügend in ihre Entscheidungsprozesse mit ein.

Immer größere Teile des städtischen Haushalts werden über Kredit finanziert. Getilgt werden sie jedoch per saldo nicht. Die Schulden steigen weiter selbst in konjunkturellen Hochphasen, erst recht in wirtschaftlichen Krisenzeiten.

Mit der steigenden Belastung der laufenden Haushalte durch Zinszahlungen schwinden die Spielräume für dringend notwendige Instandhaltungs- und Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung. Das ist eine direkte Folge übermäßiger Verschuldung und vor allem auch steigender Ausgaben wie zuletzt im Haushalt 2010. Wenn unsere Gesellschaft ihren Wohlstand langfristig wahren und ausbauen will, ist sie aber auf genau diese Investitionen angewiesen. Der städtischen Schuldenaufnahme müssen daher klare Schranken gesetzt werden.

Angesichts der dramatischen Staatsschuld und der daraus resultierenden zukünftigen Belastungen, muss zukünftig ein Neuverschuldungsverbot auch auf kommunaler Ebene eingeführt werden – ein verbindliches Schuldenabbauziel muss festgelegt werden. Es muss jetzt gehandelt werden. Die Zahlen Kassels sind dramatisch - durch die Ausgabensteigerung im Haushalt 2010 sind die Schulden der Stadt weiter gestiegen. Ein Schuldenstopp und –abbau sieht anders aus. So ist die Stadt auf dem Weg sich immer noch weiter zu verschulden, weil klare, verbindliche und disziplinierende Regeln für einen Schuldenabbau fehlen. Nicht mal ein Konzept zum langfristigen Schuldenabbau liegt vor. Von Nachhaltigkeit kann bei der Haushaltsführung in Kassel auf jeden Fall keine Rede sein. Und: Nachhaltigkeit ist keine Mode. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass politische Entscheidungen nicht reaktiv sondern vorausschauend getroffen werden können. Eine solche Grundhaltung könnte auch die verloren gegangene Glaubwürdigkeit der Politik bei den Kasseler Bürgern wieder erhöhen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender